

## **Gemeinsamer Bericht**

### **des Vorstands der SAP AG und der Geschäftsführung der SAP Sechste Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH**

gemäß § 293 a AktG über den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der SAP AG und der SAP Sechste Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH

#### **I. Allgemeines**

Der Vorstand der SAP AG und die Geschäftsführung der SAP Sechste Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH erstatten hiermit über den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der SAP AG und der SAP Sechste Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH (nachfolgend: "Tochtergesellschaft"), der der Hauptversammlung der SAP AG am 25. Mai 2011 zur Zustimmung vorgelegt werden wird, nachfolgenden Bericht.

#### **II. Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages**

Die SAP AG hat am 23. März 2011 mit der Tochtergesellschaft einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag geschlossen (nachfolgend auch: "Vertrag"). Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag bedarf zu seiner Wirksamkeit sowohl der Zustimmung der Hauptversammlung der SAP AG als auch der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Tochtergesellschaft.

Vorstand und Aufsichtsrat der SAP AG werden daher der auf den 25. Mai 2011 einberufenen 24. ordentlichen Hauptversammlung der SAP AG vorschlagen, dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zuzustimmen.

Gemäß § 294 Abs. 2 AktG wird der Vertrag erst wirksam, wenn er in das Handelsregister des Sitzes der Tochtergesellschaft eingetragen worden ist.

#### **III. Parteien des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages**

##### **1. SAP AG**

Die SAP AG mit Sitz in Walldorf, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Mannheim unter HRB 350269, ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und die Obergesellschaft des SAP-Konzerns. Satzungsmäßiger Gegenstand des Unternehmens ist die unmittelbare oder mittelbare Tätigkeit auf dem Gebiet der Entwicklung, der Herstellung und des Vertriebs von Erzeugnissen und der Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie, insbesondere in folgenden Bereichen:

- Entwicklung und Vertrieb integrierter Produkt- und Dienstleistungslösungen im E-Commerce;
- Entwicklung von EDV-Software und deren Nutzungsüberlassung an Dritte;
- Organisations- und Einsatzberatung sowie Schulung der Anwender von E-Commerce und sonstigen Softwarelösungen;
- Vertrieb, Verpachtung, Vermietung oder Vermittlung jeglicher sonstiger Nutzungsmöglichkeiten von EDV-Anlagen und einschlägigem Zubehör;

- kapitalmäßige Beteiligung an im Bereich der Informationstechnologie tätigen Unternehmen zur Förderung der Öffnung und Erweiterung internationaler Märkte in dem Bereich der Informationstechnologie.

Die SAP AG ist berechtigt, auf sämtlichen zuvor genannten Geschäftsgebieten selbst tätig zu werden oder solche Aufgaben verbundenen Unternehmen i.S.d. §§ 15 ff. AktG zu übertragen; sie ist insbesondere berechtigt, den Betrieb ganz oder teilweise in solche Unternehmen auszugliedern. Sie ist zur Errichtung von Zweigniederlassungen im In- und Ausland, zur Gründung, zum Erwerb und zur Beteiligung an anderen Unternehmen gleicher oder verwandter Art sowie zum Abschluss von Unternehmenskooperations- und Interessengemeinschaftsverträgen berechtigt. Die SAP AG ist weiter berechtigt, sich vornehmlich zur Anlage von Finanzmitteln an Unternehmen jeder Art zu beteiligen. Die SAP AG kann Beteiligungen veräußern und Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter einheitlicher Leitung zusammenfassen und Unternehmensverträge mit ihnen schließen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Die SAP AG ist schließlich zu allen Handlungen und Maßnahmen berechtigt, die mit dem Unternehmensgegenstand zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

## **2. Die Tochtergesellschaft**

Die Tochtergesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sie wurde am 25. Februar 2011 mit Feststellung des Gesellschaftsvertrags zu notarieller Urkunde (Urkundennummer 5 UR 93/2011) des Notars Manfred Gaul, Notariat Heidelberg, errichtet und ist seit dem 4. März 2011 unter der Registernummer HRB 711411 im Handelsregister bei dem Amtsgericht Mannheim eingetragen. Die Tochtergesellschaft hat ihren gesellschaftsvertraglichen Sitz in Walldorf. Das Geschäftsjahr der Tochtergesellschaft entspricht dem Kalenderjahr.

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand der Tochtergesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen, die Übernahme der Geschäftsführung, die Beteiligung als persönlich haftender Gesellschafter in Handelsgesellschaften oder die Übernahme der Beteiligung als Kommanditist in Kommanditgesellschaften sowie die Verwaltung eigenen Vermögens. Die Tochtergesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art im In- und Ausland gründen, übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Darüber hinaus kann die Tochtergesellschaft alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft und ihrer Unternehmen zu fördern.

Die Tochtergesellschaft hat bisher noch keine Geschäftstätigkeit aufgenommen. Es handelt sich derzeit noch um eine reine Vorratsgesellschaft. Die Gesellschaft hat bisher kein Personal und keine operative Tätigkeit. Ein Ertrag wird bislang nicht erwirtschaftet.

Eine Abschrift der Eröffnungsbilanz der Tochtergesellschaft ist diesem Bericht als Anlage 1 beigelegt. Einzige Gesellschafterin der Tochtergesellschaft ist die SAP AG, die zu 100 % unmittelbar an der Tochtergesellschaft beteiligt ist. Einziger und alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der Tochtergesellschaft ist Herr Michael Junge.

## **IV. Rechtliche und wirtschaftliche Gründe für den Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages**

Der Abschluss und die wirksame Durchführung eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages sind (mit Blick auf dessen beherrschungsvertragliche Elemente) am besten geeignet, um die einheitliche Leitung der Tochtergesellschaft und ihre Integration in den

SAP-Konzern zu gewährleisten. Durch den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ist es dem Vorstand der SAP AG insbesondere möglich, der Geschäftsführung der Tochtergesellschaft im übergeordneten Konzerninteresse Weisungen zu erteilen und ein einheitliches Agieren der SAP AG und der Tochtergesellschaft sicherzustellen.

Zwar steht der Gesellschafterversammlung der Tochtergesellschaft ein Weisungsrecht gegenüber der Geschäftsführung zu. Insoweit ist jedoch rechtlich nicht hinreichend gesichert, in welchem Umfang die Gesellschafterversammlung (oder ein im Gesellschaftsvertrag hierzu ermächtigtes anderes Gremium) der Geschäftsführung auch nachteilige Weisungen erteilen kann. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag schafft hier die notwendige Rechtsklarheit und lässt auch nachteilige Weisungen in weitem Umfang zu. Eine Weisung durch die Gesellschafterversammlung setzt zudem jeweils einen förmlichen Beschluss voraus. Das Weisungsrecht der Gesellschafterversammlung ist aus diesen Gründen nicht in gleicher Weise wie ein Beherrschungsvertrag geeignet, die angestrebte einheitliche Leitung der Tochtergesellschaft sicherzustellen. Durch den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages ist es (mit Blick auf dessen gewinnabführungsvertragliche Elemente) für die SAP AG möglich, eine steuerliche Optimierung herbeizuführen. Der Abschluss des Gewinnabführungsvertrages ist eine wesentliche Voraussetzung für die Begründung einer körperschafts- und gewerbsteuerlichen Organschaft (ertragsteuerliche Organschaft) zwischen der SAP AG und der Tochtergesellschaft. Durch eine ertragsteuerliche Organschaft kann die Besteuerung beider Gesellschaften optimiert werden. Sie führt insbesondere dazu, dass eine Besteuerung des in Deutschland steuerpflichtigen Gewinns der Tochtergesellschaft nicht auf deren Ebene erfolgt, sondern dass der Gewinn der SAP AG zugerechnet und bei dieser versteuert wird; entsprechend muss die SAP AG einen bei der Tochtergesellschaft entstandenen Verlust übernehmen. Im Ergebnis wird hiermit erreicht, dass das Einkommen der Tochtergesellschaft mit dem steuerlichen (positiven oder negativen) Einkommen der SAP AG verrechnet wird. Hierdurch wird verhindert, dass Gewinne der einen Gesellschaft versteuert werden müssen, während bei der anderen Gesellschaft möglicherweise nicht oder erst später steuerlich abziehbare Verluste entstehen. Diese konzernweite Verrechnung von Gewinnen und Verlusten verringert im Ergebnis die Gesamtsteuerlast und dient letztlich der Konzernfinanzierung.

Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag soll bereits vor Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaft geschlossen werden, um die beschriebenen Vorteile des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages bei künftigen Aktivitäten der Tochtergesellschaft sicherstellen zu können. Der Vertrag wird der Hauptversammlung der SAP AG schon zur Zustimmung vorgelegt, damit die Tochtergesellschaft bei Bedarf bereits im laufenden Geschäftsjahr in den steuerlichen Organkreis der SAP AG aufgenommen werden kann. Auf diese Weise kann die SAP AG kurzfristig, wenn sie Unternehmen akquirieren oder konzerninterne Umstrukturierungen durchführen sollte, mittels der Tochtergesellschaft eine steuerlich optimale Einbindung in den SAP-Konzern erreichen. Konkrete Planungen für die Verwendung der Tochtergesellschaft bestehen jedoch bislang nicht.

## **V. Erläuterung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages**

Eine Abschrift des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages ist diesem Bericht als Anlage 2 beigelegt. Die wesentlichen Regelungen werden im Folgenden erläutert.

### **1. § 1 Leitung der Tochtergesellschaft**

Gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 des Vertrages unterstellt die Tochtergesellschaft die Leitung ihres Unternehmens der SAP AG. Damit wird die für Beherrschungsverträge essentielle Abgabe der Leitungsbefugnis an das herrschende Unternehmen normiert.

Aus § 1 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages ergibt sich das für einen Beherrschungsvertrag charakteristische Weisungsrecht des herrschenden Unternehmens. Danach ist die SAP AG berechtigt, der Geschäftsführung der Tochtergesellschaft hinsichtlich der Leitung der Tochtergesellschaft Weisungen zu erteilen. Dabei können – mangels abweichender

Regelung im Vertrag – entsprechend § 308 Abs. 1 Satz 2 AktG auch Weisungen erteilt werden, die für die Tochtergesellschaft nachteilig sind, sofern sie den Belangen der SAP AG oder des SAP-Konzerns dienen. Die SAP AG kann damit umfassend steuernd in die Leitung der Tochtergesellschaft eingreifen.

Eine Ausnahme ist allerdings in § 1 Abs. 2 des Vertrages insofern vorgesehen, als sich danach das Weisungsrecht nicht darauf erstreckt, den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag selbst zu ändern, aufrechtzuerhalten oder zu beenden. Die Vertragsklausel entspricht inhaltlich der gesetzlichen Regelung des § 299 AktG und soll der abhängigen Tochtergesellschaft und ihrer Geschäftsführung die freie, eigenverantwortliche Entscheidung über den Vertragsinhalt und die Vertragsdauer ermöglichen.

Es handelt sich insoweit um übliche Regelungen im Rahmen eines Beherrschungsvertrages.

## **2. § 2 Gewinnabführung**

§ 2 Abs. 1 Satz 1 des Vertrages normiert die für einen Gewinnabführungsvertrag charakteristische Verpflichtung zur Abführung des ganzen Gewinns an den anderen Vertragsteil. Danach ist die Tochtergesellschaft während der Vertragsdauer verpflichtet, ihren ganzen Gewinn an die SAP AG abzuführen.

Als Gewinn abzuführen ist dabei gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages entsprechend der derzeit gültigen Fassung des § 301 AktG – vorbehaltlich der Bildung und Auflösung von Rücklagen nach § 2 Abs. 3 des Vertrages – der ohne die Gewinnabführung nach den maßgeblichen handelsrechtlichen Vorschriften entstehende Jahresüberschuss, vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und um den gegebenenfalls nach § 300 AktG in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Betrag und um den nach § 268 Abs. 8 HGB ausschüttungsgesperren Betrag. § 2 Abs. 1 Satz 3 des Vertrages bestimmt, dass jeweils die gültige Fassung von § 301 AktG entsprechend anwendbar ist.

Die Tochtergesellschaft kann gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 des Vertrages mit Zustimmung der SAP AG Beträge aus dem Jahresüberschuss nur insoweit in die Gewinnrücklagen gemäß § 272 Abs. 3 HGB einstellen, als dies handelsrechtlich zulässig und bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist. Nach § 2 Abs. 3 Satz 2 des Vertrages müssen andere Gewinnrücklagen nach § 272 Abs. 3 HGB, die während der Laufzeit des Vertrages gebildet worden sind, auf Verlangen der SAP AG aufgelöst und zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrags verwendet oder als Gewinn abgeführt werden. § 2 Abs. 3 Satz 3 des Vertrages stellt klar, dass sonstige Rücklagen sowie ein Gewinnvortrag aus der Zeit vor Beginn des Vertrages weder als Gewinn abgeführt noch zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrags verwendet werden dürfen.

Es handelt sich insoweit um übliche Regelungen im Rahmen eines Gewinnabführungsvertrages.

Die Verpflichtung zur Gewinnabführung gilt gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 des Vertrages erstmals für das gesamte Geschäftsjahr der Tochtergesellschaft, in dem dieser Vertrag wirksam wird. Darüber hinaus werden im Folgesatz die Entstehung, Fälligkeit und Verzinsung des Anspruchs auf Gewinnabführung konkret geregelt: Gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 des Vertrages entsteht der Anspruch auf Gewinnabführung jeweils am Schluss eines Geschäftsjahres, wird zu diesem Zeitpunkt fällig und ist ab diesem Zeitpunkt gemäß § 352 Abs. 1, 353 HGB, also mit 5 % pro Jahr, zu verzinsen. Damit soll ein etwaiger Zinsnachteil der SAP AG ausgeglichen werden.

### 3. § 3 Verlustübernahme

§ 3 Abs. 1 Satz 1 des Vertrages enthält die Verpflichtung der SAP AG als herrschendes Unternehmen entsprechend § 302 Abs. 1 AktG jeden während der Vertragsdauer nach den maßgeblichen handelsrechtlichen Vorschriften sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen nach § 272 Abs. 3 HGB Beträge gemäß § 2 Abs. 3 Satz 2 des Vertrages entnommen werden, die während der Vertragsdauer in sie eingestellt worden sind. Diese Verpflichtung zur Verlustübernahme ist zwingende Folge des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages. § 3 Abs. 1 Satz 2 regelt, dass im Fall einer Gesetzesänderung jeweils die gültige Fassung von § 302 Abs. 1 AktG entsprechende Anwendung findet.

§ 3 Abs. 2 des Vertrages enthält einen Verweis auf die gesetzlichen Vorschriften in den weiteren Absätzen des § 302 AktG und regelt zugleich, dass – im Fall einer Gesetzesänderung – auch insoweit jeweils die gültige Fassung von § 302 AktG entsprechende Anwendung findet.

§ 302 Abs. 3 AktG regelt die Möglichkeit des Verzichts der Tochtergesellschaft auf den Ausgleichsanspruch sowie des Vergleichs über diesen Anspruch. Aus der Verweisung auf § 302 Abs. 3 AktG ergibt sich insoweit gegenwärtig insbesondere Folgendes: Die Tochtergesellschaft kann auf den Anspruch auf Ausgleich erst drei Jahre nach dem Tage, an dem die Eintragung der Beendigung des Vertrages in das Handelsregister nach § 10 HGB als bekannt gemacht gilt, verzichten oder sich über ihn vergleichen. Dies gilt nicht, wenn die SAP AG zahlungsunfähig ist und sich zur Abwendung des Insolvenzverfahrens mit ihren Gläubigern vergleicht oder wenn die Ersatzpflicht in einem Insolvenzplan geregelt wird.

Gemäß § 302 Abs. 4 AktG verjährt der Anspruch auf Verlustausgleich in zehn Jahren seit dem Tag, an dem die Eintragung der Beendigung des Vertrages in das Handelsregister nach § 10 HGB als bekannt gemacht gilt.

Bei den Regelungen in § 3 des Vertrages handelt es sich insoweit um übliche Regelungen im Rahmen eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages.

Die Verpflichtung zur Verlustübernahme gilt gemäß § 3 Abs. 3 Satz 1 des Vertrages erstmals für das gesamte Geschäftsjahr der Tochtergesellschaft, in dem dieser Vertrag wirksam wird. Hinsichtlich der Entstehung, der Fälligkeit und der Verzinsung der Verpflichtung zur Verlustübernahme verweist § 3 Abs. 3 Satz 2 des Vertrages auf die entsprechende Regelung zur Gewinnabführung, d.h. der Anspruch der Tochtergesellschaft entsteht jeweils am Schluss des Geschäftsjahres, wird zu diesem Zeitpunkt fällig und ist ab diesem Zeitpunkt gemäß §§ 352 Abs. 1, 353 HGB, also mit 5 % pro Jahr, zu verzinsen. Damit soll ein etwaiger Zinsnachteil der Tochtergesellschaft ausgeglichen werden.

### 4. § 4 Wirksamwerden und Vertragsdauer

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 des Vertrages wird der Vertrag unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Hauptversammlung der SAP AG und der Gesellschafterversammlung der Tochtergesellschaft abgeschlossen. Damit wird § 293 Abs. 1 und 2 AktG Rechnung getragen. § 4 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages weist darauf hin, dass der Vertrag mit der Eintragung in das Handelsregister des Sitzes der Tochtergesellschaft wirksam wird. Dass zur Wirksamkeit des Vertrages die Eintragung in das Handelsregister des Sitzes der Tochtergesellschaft erforderlich ist, ergibt sich aus § 294 Abs. 2 AktG.

§ 4 Abs. 2 bis 5 des Vertrages enthalten Regelungen zu Laufzeit und Kündigung des Vertrages. Der Vertrag soll nach § 4 Abs. 2 Satz 1 für die Zeit bis zum Ablauf einer Mindestlaufzeit von fünf vollen Zeitjahren abgeschlossen werden. Die Frist für die

Berechnung dieser Mindestlaufzeit beginnt mit dem Beginn des Geschäftsjahres der Tochtergesellschaft, in dem der Vertrag durch Eintragung in das Handelsregister des Sitzes der Tochtergesellschaft wirksam wird, frühestens aber mit dem Beginn des Geschäftsjahres, für das § 14 Abs. 1 Satz 1 KStG erstmals Anwendung findet. Nach § 4 Abs. 2 Satz 2 ist der Vertrag in den ersten fünf Jahren unkündbar. Eine Mindestlaufzeit von fünf Zeitjahren ist nach derzeitiger Rechtslage (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 17 KStG) für die Begründung einer körperschaftssteuerlichen Organschaft erforderlich. Nach Ablauf der Mindestlaufzeit soll der Vertrag ordentlich kündbar sein. Das Vertragsverhältnis verlängert sich nach der Mindestlaufzeit jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht mit einer Frist von drei Monaten von einem der Vertragspartner zum Ende des Kalenderjahres schriftlich gekündigt wird (§ 4 Abs. 3 Satz 1 des Vertrages).

Die Regelung in § 4 Abs. 4 des Vertrages soll ebenfalls die für die Anerkennung einer körperschaftssteuerlichen Organschaft erforderliche Mindestlaufzeit von fünf Zeitjahren sicherstellen. Für den Fall, dass ein Geschäftsjahr der Tochtergesellschaft innerhalb der Laufzeit des Vertrages weniger als zwölf Kalendermonate umfasst oder das erste Jahr der Geltung dieses Vertrages durch das Finanzamt für eine körperschaftsteuerliche Organschaft nicht anerkannt wird, verlängert sich danach die Mindestlaufzeit des Vertrages um weitere ganze (Rumpf-)Geschäftsjahre, bis zum Ablauf von mindestens vollen fünf Zeitjahren.

Darüber hinaus stellt § 4 Abs. 5 Satz 1 des Vertrages klar, dass für beide Vertragspartner jederzeit die Möglichkeit besteht, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen. Wichtige Gründe in diesem Sinne sind gemäß § 4 Abs. 5 Satz 2 des Vertrages insbesondere der Verlust der Mehrheit der Stimmrechte an der Tochtergesellschaft sowie die in R 60 Abs. 6 Satz 2 KStR 2004 oder einer Vorschrift, die an die Stelle dieser Bestimmung tritt, aufgeführten wichtigen Gründe.

## **5. § 5 Schlussbestimmungen**

Gemäß § 5 Satz 1 des Vertrages beabsichtigen die Vertragsparteien mit dem Abschluss des Vertrages unter anderem die wirksame Errichtung einer ertragsteuerlichen Organschaft. Die in § 5 Satz 2 des Vertrages enthaltene sog. salvatorische Klausel sichert die Wirksamkeit und Durchführbarkeit des Vertrages für den Fall, dass einzelne Bestandteile entweder bei Abschluss bereits unwirksam oder nicht durchführbar waren oder es später, z. B. durch eine Gesetzes- oder Rechtsprechungsänderung, werden.

## **VI. Sonstiges**

### **1. Keine Festsetzung gemäß §§ 304, 305 AktG**

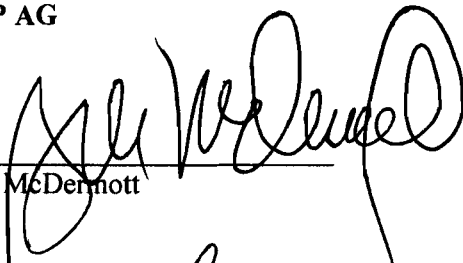
Da die SAP AG sämtliche Geschäftsanteile an der Tochtergesellschaft hält, bedarf es keiner Bestimmung über Ausgleichszahlungen entsprechend § 304 AktG und Abfindungsangebote entsprechend § 305 AktG. Demgemäß entfällt auch die Notwendigkeit einer Bewertung der beteiligten Unternehmen. Auswirkungen auf die Beteiligung der Aktionäre der SAP AG i.S.d. § 293 a Abs. 2 AktG hat der Vertrag ebenfalls nicht.

### **2. Keine Prüfung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages**

Da die SAP AG sämtliche Anteile an der Tochtergesellschaft hält, bedarf es keiner Vertragsprüfung entsprechend § 293 b AktG.

Walldorf, den 24. März 2011

SAP AG



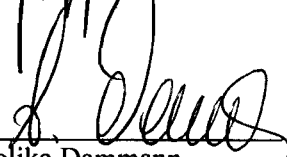
Bill McDermott



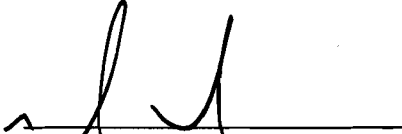
Jim Hagemann Snape



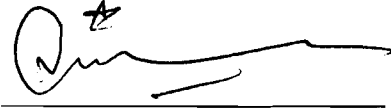
Dr. Werner Brandt



Dr. Angelika Dammann

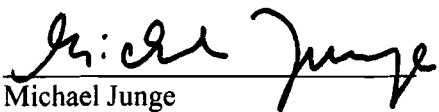


Gerhard Oswald



Vishal Sikka

SAP Sechste Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH



Michael Junge

**Anlage 1**

**Eröffnungsbilanz der  
SAP Sechste Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH**

**SAP Sechste Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH  
in Gründung**

**Eröffnungsbilanz zum 25. Februar 2011**  
nach HGB

Aktiva	Passiva
	Euro
<b>A. Umlaufvermögen</b>	<b>25.000,00</b>
Guthaben bei Kreditinstituten	25.000,00
	<b>A. Eigenkapital</b>
	Stammkapital
	25.000,00
	<b>25.000,00</b>

21.03.2011 *M. Jung*  
Datum/Unterschrift  
Michael Junge

**Anlage 2**

**Abschrift des  
Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags**

# Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

zwischen der **SAP AG**  
Dietmar-Hopp-Allee 16  
69190 Walldorf

und der **SAP Sechste Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH**  
Dietmar-Hopp-Allee 16  
69190 Walldorf  
(nachfolgend: „die Tochtergesellschaft“)

## § 1

### Leitung der Tochtergesellschaft

1. Die Tochtergesellschaft unterstellt die Leitung ihrer Gesellschaft der SAP AG. Die SAP AG ist demgemäß berechtigt, der Geschäftsführung der Tochtergesellschaft hinsichtlich der Leitung der Gesellschaft Weisungen zu erteilen. Die Geschäftsführung der Tochtergesellschaft ist verpflichtet, diese Weisungen zu befolgen.
2. Die SAP AG kann der Geschäftsführung der Tochtergesellschaft nicht die Weisung erteilen, diesen Vertrag zu ändern, aufrechtzuerhalten oder zu beenden.

## § 2

### Gewinnabführung

1. Die Tochtergesellschaft verpflichtet sich, während der Vertragsdauer ihren ganzen Gewinn an die SAP AG abzuführen. Abzuführen ist entsprechend der derzeit gültigen Fassung des § 301 AktG – vorbehaltlich der Bildung und Auflösung von Rücklagen nach Abs. 3 – der ohne die Gewinnabführung nach den maßgeblichen handelsrechtlichen Vorschriften entstehende Jahresüberschuss, vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und um den ggf. nach § 300 AktG in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Betrag und um den nach § 268 Abs. 8 HGB ausschüttungsgesperren Betrag. Sollte § 301 AktG künftig geändert werden, ist die jeweils gültige Fassung entsprechend anwendbar.
2. Die Verpflichtung zur Gewinnabführung gilt erstmals für das gesamte Geschäftsjahr der Tochtergesellschaft, in dem dieser Vertrag wirksam wird. Der Anspruch auf Gewinnabführung entsteht jeweils am Schluss eines Geschäftsjahres, wird zu diesem Zeitpunkt fällig und ist ab diesem Zeitpunkt gemäß §§ 352 Abs. 1, 353 HGB zu verzinsen.
3. Die Tochtergesellschaft kann mit Zustimmung der SAP AG Beträge aus dem Jahresüberschuss nur insoweit in die Gewinnrücklagen gemäß § 272 Abs. 3 HGB einstellen,

als dies handelsrechtlich zulässig und bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist. Andere Gewinnrücklagen nach § 272 Abs. 3 HGB, die während der Laufzeit dieses Vertrages gebildet werden, sind auf Verlangen der SAP AG aufzulösen und zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrags zu verwenden oder als Gewinn abzuführen. Sonstige Rücklagen sowie ein Gewinnvortrag aus der Zeit vor Beginn dieses Vertrages dürfen weder als Gewinn abgeführt noch zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrags verwendet werden.

### **§ 3 Verlustübernahme**

1. Die SAP AG hat jeden während der Vertragsdauer nach den maßgeblichen handelsrechtlichen Vorschriften sonst entstehenden Jahresfehlbetrag entsprechend der Regelung des § 302 Abs. 1 AktG bei der Tochtergesellschaft auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen nach § 272 Abs. 3 HGB gemäß § 2 Abs. 3 Satz 2 dieses Vertrages Beträge entnommen werden, die während der Laufzeit dieses Vertrages in sie eingestellt worden sind. Sollte § 302 Abs. 1 AktG künftig geändert werden, ist die jeweils gültige Fassung entsprechend anwendbar.
2. Auch die übrigen Absätze des § 302 AktG finden in ihrer jeweils gültigen Fassung entsprechende Anwendung.
3. Die Verpflichtung zur Verlustübernahme gilt erstmals für das gesamte Geschäftsjahr der Tochtergesellschaft, in dem dieser Vertrag wirksam wird. § 2 Abs. 2 Satz 2 dieses Vertrages gilt für die Entstehung, Fälligkeit und die Verzinsung der Verpflichtung zur Verlustübernahme entsprechend.

### **§ 4 Wirksamwerden und Vertragsdauer**

1. Der Vertrag wird unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Hauptversammlung der SAP AG und der Gesellschafterversammlung der Tochtergesellschaft abgeschlossen. Er wird mit seiner Eintragung in das Handelsregister des Gerichts des Sitzes der Tochtergesellschaft wirksam. § 2 Abs. 2 Satz 1 und § 3 Abs. 2 Satz 1 dieses Vertrages bleiben unberührt.
2. Der Vertrag wird für die Dauer von fünf vollen Zeitjahren ab dem Beginn des Geschäftsjahres der Tochtergesellschaft abgeschlossen, in dem der Vertrag durch Eintragung in das Handelsregister der Tochtergesellschaft wirksam wird, frühestens aber ab Beginn des Geschäftsjahres, für das § 14 Abs. 1 Satz 1 KStG erstmals Anwendung findet (die Mindestlaufzeit). Er ist in diesen ersten fünf Jahren unkündbar.
3. Das Vertragsverhältnis verlängert sich nach der Mindestlaufzeit jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht mit einer Frist von drei Monaten von einem der Vertragspartner zum Ende des Kalenderjahres schriftlich gekündigt wird. Für die Einhaltung dieser Frist kommt es auf den Zeitpunkt des Zugangs des Kündigungsschreibens bei der jeweils anderen Vertragspartei an.
4. Für den Fall, dass ein Geschäftsjahr der Tochtergesellschaft innerhalb der Laufzeit des Vertrages weniger als zwölf Kalendermonate umfasst oder das erste Jahr der Geltung dieses Vertrages durch das Finanzamt für eine Körperschaftsteuerliche Organschaft nicht anerkannt wird, verlängert sich die Mindestlaufzeit des Vertrages um weitere ganze (Rumpf-) Geschäftsjahre, bis zum Ablauf von mindestens vollen fünf Zeitjahren.
5. Das Recht zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer

Kündigungsfrist bleibt für beide Vertragspartner unberührt. Die SAP AG ist insbesondere zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt, wenn ihr nicht mehr die Mehrheit der Stimmrechte an der Tochtergesellschaft zusteht oder sonst ein wichtiger Grund im Sinne der R 60 Abs. 6 KStR 2004 oder einer Vorschrift vorliegt, die an die Stelle dieser Bestimmung tritt.

## § 5 Schlussbestimmungen

Die Vertragsparteien beabsichtigen mit dem Abschluss des Vertrages unter anderem die wirksame Errichtung einer ertragsteuerlichen Organschaft. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, oder sollte der Vertrag eine Lücke enthalten, so bleibt der Vertrag als solcher hiervon unberührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung ist durch eine dem wirtschaftlichen Zweck des Vertrages entsprechende wirksame Bestimmung zu ersetzen. Im Falle einer Lücke des Vertrages ist diejenige Bestimmung zu vereinbaren, die bei Kenntnis der Lücke entsprechend dem Sinn und Zweck des Vertrages vereinbart worden wäre.

Waldorf, den 23. März 2011

**SAP AG**



Dr. Werner Brandt  
- Vorstandsmitglied -



Jochen Scholten  
- Prokurist -

**SAP Sechste Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH**



Michael Junge  
- Geschäftsführer -